

***Einige StipendiatInnen der  
Heinrich-Böll-Stiftung und ...***

Berlin, Oktober 1999

**An die  
GeschlechterdemokratInnen**

(Offene Antwort an die UnterzeichnerInnen des Offenen Briefes vom Nov. 1998 zum Thema "Geschlechterdemokratie!", insbesondere an die UnterzeichnerInnen aus der Heinrich-Böll-Stiftung, sowie die Bundesministerin Christine Bergmann)

**"Die Überzeugungskraft charmanter Unterwerfungsgesten hat ihre Grenzen." (Elfriede Hammerl)**

**A.** Die UnterzeichnerInnen des Offenen Briefes vom November 1998 an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fordern einen Paradigmenwechsel in der Geschlechterpolitik. Die bisherige Orientierung auf Frauenförderungs- und Antidiskriminierungspolitik habe zur Stagnation geführt. Zur Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie sowie zur Gewaltprävention müßten die "emanzipatorischen Interessen der Männer" als "zentrales Thema in ein Politikfeld Geschlechterdemokratie" aufgenommen werden. Damit wird "Geschlechterdemokratie" als eine neue zukunftsgerichtete Strategie der Gleichstellungspolitik propagiert.

In dem Offenen Brief wird unseres Erachtens das tatsächliche Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern und insbesondere die Männergewalt gegen Frauen ignoriert. Nur so ist es den UnterzeichnerInnen möglich zu fordern, daß Frauenförderungs- und Antidiskriminierungspolitik durch eine Geschlechterpolitik "im Interesse von Männern und Frauen" ersetzt werden sollte. Damit werden vermeintlich gleiche Interessen von Frauen und Männern suggeriert. Die aus den unterschiedlichen Positionen der Geschlechter erwachsenden Interessenunterschiede werden per se ignoriert. Zugespitzt läuft dies auf die *Illusion der Geschlechterharmonie* hinaus.

**B.** Die bisher verfolgte staatliche Gleichstellungspolitik, die keinen Anspruch auf eine zumindest langfristige Veränderung der strukturellen Verhältnisse (mehr) erhebt, erscheint uns ebenso wie den UnterzeichnerInnen an vielen Stellen gescheitert. Wir ziehen daraus allerdings die Konsequenz, *radikalere* Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen zu stellen.

Es zeigt sich immer wieder, daß Männer nicht bereit sind, auf ihre geschlechtsspezifischen Privilegien zu verzichten. Nach wie vor haben Männer in gesellschaftlichen und politischen Gremien die Entscheidungsmehrheit und damit alle Freiheiten und Möglichkeiten, an einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik mitzuwirken. Wenn die meisten Männer diese Möglichkeit nicht wahrnehmen, so liegt dies allein an ihnen. Beteiligen sie sich überhaupt an Diskussionen über Geschlechterpolitik, dann um ihre Herrschaftsposition zu leugnen, sich selbst als Opfer zu stilisieren und Feministinnen anzugreifen. Wollen sich die VerfasserInnen des Offenen Briefes tatsächlich für emanzipatorische Geschlechterbündnisse einsetzen, müssen sie statt der vermeintlichen Bündnisunwilligkeit der Feministinnen das von ihnen selbst diagnostizierte "konservative Desinteresse der Männermehrheiten" ins Zentrum der Kritik rücken.

Solange dieses besteht, werden Feministinnen weiterhin die "Stagnation und den roll-back in der Geschlechterfrage" im Zweifel auch *gegen* Männer bekämpfen. Feministinnen werden sich auch in Zukunft nicht vom Konsens mit Männern abhängig machen.

**C.** Der Offene Brief nimmt für sich in Anspruch, daß die stärkere Berücksichtigung der Männerfrage einen Neuanfang in der Geschlechterpolitik darstelle. Damit verschweigen die VerfasserInnen, daß es aber gerade der von ihnen nicht explizit erwähnte Feminismus war, der – wenn auch mit anderen Konsequenzen - das Geschlechter*verhältnis* statt der sogenannten "Frauenfrage" ins Blickfeld genommen hat. Ebenso wird ausgeblendet, daß sich Feminismus nicht in bloßer Gleichstellungspolitik erschöpft, sondern auch andere Macht- und Herrschaftsverhältnisse in seine Gesellschaftsanalyse einbezieht (z.B. feministische Rassismus-Debatte und antirassistische Praxis, feministische Gentechnologie-/Naturwissenschafts-Kritik). Im Offenen Brief wird die Gleichstellungspolitik kritisiert, ohne diese ausdrücklich von feministischen Ansätzen abzugrenzen. So werden auch die weiterreichenden feministischen Positionen diskreditiert, ohne sich mit ihnen inhaltlich auseinanderzusetzen.

So haben Feministinnen z.B. die patriarchale Männergewalt als erste benannt und – zunächst auch ohne staatliche Unterstützung - Beratungs- und Hilfseinrichtungen insbesondere für Frauen und Kinder aufgebaut. Die GeschlechterdemokratInnen sprechen im Gegensatz dazu pauschal von notwendiger Gewalteinämmung und -prävention, ohne die geschlechtergebundenen Macht- und Gesellschaftsstrukturen zu benennen. Sie verschweigen, daß es sich um *Männergewalt* handelt, die u.a. *gegen Frauen* eingesetzt wird, um die eigene Machtposition zu erhalten. Setzt sich hier nur die gesellschaftliche Tabuisierung dieses Themas fort oder soll mit diesem *allgemeinen* Anti-Gewalt-Diskurs potentieller *Gegengewalt* von Frauen die Legitimation entzogen werden?

Ungeklärt bleibt, wie bei einem Politikwechsel im Sinne der UnterzeichnerInnen des Offenen Briefes mit dem Feminismus, d.h. mit der parteilichen Arbeit zugunsten von Frauen und Mädchen, umgegangen wird. Hat diese Parteilichkeit ausgedient und ist sie insofern wissenschaftlich, infrastrukturell und finanziell zu vernachlässigen? Wird es mit dem Beginn der Geschlechterdemokratie weder ungewollte Schwangerschaften noch Benachteiligungen von Frauen und Mädchen im Arbeitsalltag, noch familienrechtliche Streitigkeiten oder sonstige geschlechtsspezifische soziale Probleme geben?

**D.** Der Offene Brief reduziert seine inhaltlichen Forderungen zur Geschlechterpolitik auf Erwerbsarbeit und den Familienbereich. Damit wird zum einen die feministische Erkenntnis ignoriert, daß die Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern die gesamte Gesellschaft strukturell prägen. Andererseits wird der Familienbegriff offensichtlich auf die herkömmliche, staatlich geförderte heterosexuelle Kleinfamilie bezogen, so daß hier wiederum Alleinerziehende, nichteheliche Lebensgemeinschaften, Schwule und Lesben sowie Transgendered People mit oder ohne Kinder ausgeschlossen werden. Frauen sind als potentielle Mütter dargestellt, die nur mit Männern/Vätern zusammen denkbar sind; andere Lebenswege von Frauen werden ausgeblendet. Die

Idyllisierung des privaten Bereichs sowie die Mystifizierung der Hausarbeit sind keine geeigneten Mittel, das Geschlechterverhältnis zu verändern.

Diese Familienzentrierung wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß sie um Frauenförderung im beruflichen Bereich ergänzt wird. Denn letztere kann nur dann wirksam werden, wenn sie von strukturellen Maßnahmen zur Beseitigung der geschlechtshierarchischen (Nicht-)Verteilung der Haus- und Familienarbeit begleitet wird. Dazu gehören z.B. gesicherte Betreuung von Kindern und älteren Menschen, Ganztagschulen, Zeitsouveränität für abhängig Beschäftigte, Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit auch bei familienbedingten Zusatzbelastungen und vieles mehr.

*Solange die Einbeziehung anderer als der klassisch männlichen Sichtweise bei politischen Entscheidungen noch nicht selbstverständlich ist, patriarchale Gewalt insbesondere gegen Frauen und Kinder zur Tagesordnung gehört und Männer freiwillig kein Interesse an Rollenveränderung zeigen, ist ein unbestimmter Appell an die bislang desinteressierten Angehörigen der privilegierten Gruppe keine Alternative zu bewußt feministischer Politik.*

*Deshalb fordern wir*

- der Gewalt gegen Frauen, Kinder, AusländerInnen, Schwule, Lesben, Transgendered People, Andersfähige ... entgegenzutreten, was sich nur durch konsequente Grenzsetzungen und Sanktionen erreichen läßt. Im Sexualstrafrecht ist der sogenannte minderschwere Fall und die Benachteiligung widerstandsunfähiger Personen durch § 179 StGB abzuschaffen. Den von (sexualisierter) Gewalt Betroffenen sind jegliche Beeinträchtigungen auszugleichen. Parteilich arbeitende Beratungsstellen sind finanziell und ideell zu unterstützen.
- jeglicher Reproduktion der Abwertung bestimmter Gesellschaftsgruppen, z.B. durch Pornographie, Werbung, Unterrichtsinhalte etc., ist zu begegnen. Lehr- und Studienpläne sowie sämtliche pädagogische Konzepte, Arbeitsrecht und Stellenanforderungen sind zu reformieren, so daß z.B. auch die gemeinsame Verantwortung für Kinder und Haushalt realisiert werden kann.
- die soziale Absicherung jedes Menschen unabhängig von Geschlecht, Lebens- bzw. Beziehungsform zu gewährleisten. Zu diskutieren wäre z.B.:
  - ◆ keine Männer in Bereichen einzustellen, in denen der Frauenanteil unter 55% liegt.
  - ◆ bei der Besetzung von Arbeitsplätzen und öffentlichen Ämtern zunächst jeweils eine 1-Prozent-Quote für Intersexuelle, für Mann-zu-Frau und Frau-zu-Mann-Transsexuelle einzuführen, die sich jährlich um 0,5 Prozent zu Lasten der Männer erhöht.
  - ◆ für die nächsten 50 Jahre keine Männer in die Ämter des/r Bundeskanzlers/in, des/r Bundespräsident/in, der Ministerpräsidenten/innen, der Gerichtspräsidenten/innen der Bundes- und Oberlandesgerichte, der Vorstandsvorsitzenden und Aufsichtsratsvorsitzenden von Kapitalgesellschaften zu wählen.
  - ◆ Die Ersetzung des Kinderfreibetrages, der BezieherInnen hoher Einkommen bevorteilt, durch ein bedarfsdeckendes Kindergeld.
- die Mindestunterhaltssätze müssen auf ein realistisches, bedarfsdeckendes Maß angehoben werden. Das Kindergeld muß effektiv den Kindern zugute kommen.
- eigenes Aufenthaltsrecht für MigrantInnen unabhängig vom Status ihrer evtl. EhepartnerInnen und Recht auf politische Betätigung der MigrantInnen unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- die ersatzlose Streichung des § 218 StGB
- die rechtliche Normierung von Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit abzuschaffen.
  - ◆ Abschaffung der staatlichen Privilegierungen der Ehe
  - ◆ Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare sowie hinsichtlich leiblicher Kinder des Partners/der Partnerin
  - ◆ Möglichkeit (für lesbische und schwule Eltern), soziale Mütter bzw. Väter am Erziehungsurlaub zu beteiligen
  - ◆ Änderungsmöglichkeit hinsichtlich des Vornamens unabhängig von der Zuweisung bei Geburt und ohne Zwang zu geschlechtlicher Eindeutigkeit; Schaffung eines dritten Personenstandes jenseits von Männlichkeit und Weiblichkeit; freier Zugang zu diesem Personenstand unabhängig von (medizinisch-psychologischen) Gutachten, Operationen und Hormonbehandlung
  - ◆ Abschaffung der Zwangsoperationen an Intersexuellen
- die Übernahme der gesellschaftlichen Verantwortung für die Reproduktion. Dafür sind

Ganztags-Krippen- und Kita-Plätze für alle Kinder und die Ganztagsbetreuung an den Schulen sicherzustellen.

- Verpflichtung der Männer sich anteilmäßig an der Hausarbeit in den Haushalten, in denen sie leben, zu beteiligen (vgl. § 1356 I BGB jetziger Fassung)
- weitere Verkürzung der täglichen Erwerbsarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und möglichst hohem Personalausgleich.

**Mit anti-patriarchalen Grüßen**